Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 25 (2005)

Heft: 48

Artikel: Reformpolitik und gesellschaftliche Aneignung : finanzdominiertes Akkumulationsregime und imperialistische Enteignungsökonomie

Autor: Zeller, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652306

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Christian Zeller

Reformpolitik und gesellschaftliche Aneignung

Finanzdominiertes Akkumulationsregime und imperialistische Enteignungsökonomie

Die im Zuge massiver Niederlagen der Arbeiterbewegung und der konservativen Revolution seit 1979/80 durchgesetzte Liberalisierungspolitik machte es möglich, dass ein hochzentriertes Finanzkapital seine Bedeutung steigern konnte. Die privaten, kapitalgedeckten Alterssysteme, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den angelsächsischen Ländern, in Japan und in der Schweiz zunehmend wichtiger wurden und nun auch in Deutschland und Frankreich durchgesetzt werden, haben die Attraktivität finanzieller Investitionen massiv verstärkt und zur Zentralisation der individuellen Sparguthaben und Vermögen geführt (Sauviat 2004). Dieser Prozess vollzog sich in Europa mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien.Diese Entwicklungen mündeten in den Durchbruch eines finanzdominierten Akkumulationsregimes, das ausgehend von den USA seine Wirkung auf globaler Ebene entfaltet. Dieses Akkumulationsregime im Kontext der Globalisierung des Kapitals ist sowohl als Ausdruck wie auch als eine spezifische Phase des Imperialismus zu interpretieren. Angesichts der Stärke der USA im Finanzbereich und letzten Endes der einzigartigen militärischen Potenz sind die anderen Mächte gezwungen, sich deren Spielregeln weitgehend unterzuordnen (Chesnais 2004a; Zeller 2004b).

Aufgrund der errungenen Position und Macht kann sich das finanzielle Anlagekapital (in der Form von Investment- und Pensionsfonds) einen Teil der Gewinne in Form von Einkommen aus Börsenplatzierungen, Mieten und Bodenrenten sowie über den öffentlichen Schuldendienst aneignen. Diese Einkommen sind einzig durch das Eigentum an Vermögen legitimiert. Dieses Anlagekapital verwertet und vergrößert sich also als „rententragendes Kapital" durch Abschöpfung eines Teils des Profits. Dies erfordert allerdings die Steigerung der Mehrwertrate und eine genügende Akkumulation von produktivem Kapital, was aber gerade aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten nur ungenügend erfolgt (Chesnais 2004a, 225; 2004b, 31). Das Anlagekapital zeichnet sich durch die Tendenz aus, der „Ökonomie" mehr abzuverlangen, als diese zu liefern imstande ist. Das äußert sich in der harten Deregulierung der Arbeit, den Angriffen auf soziale Errungenschaften, den umfassenden Privatisierungen, den Enteignungsmechanismen in den sogenannten aufstrebenden Märkten (Zinszahlungen, Kapitalflucht) und schließlich in der imperialistischen und kriegerischen Aneignung von Territorien und ihren Ressourcen (Chesnais 2004b, 43). Die Abschöpfung von Mehrwert durch die Ausbeutung der

Arbeitenden bleibt allerdings die zentrale Form der Auspressung von Wert im Akkumulationsprozess und wurde mit wachsender Arbeitsproduktivität gar gesteigert.

Die Privatisierung und Aneignung öffentlicher Dienste durch transnationale Konzerne, die Auseinandersetzungen über intellektuelle Eigentumsrechte und natürliche Ressourcen sowie vor allem die US-Strategie des „Krieges ohne Grenzen" und des Präventivkrieges und die kriegerische Aneignung der irakischen Ressourcen durch die USA deuten darauf hin, dass als Antwort auf und Ergänzung zur krisengeschüttelten erweiterten Reproduktion Akkumulationsprozesse durch Enteignung in der aktuellen Phase des Kapitalismus wieder wichtiger geworden sind (Harvey 2004; Zeller 2004a).

Den großen Konzernen und den Regierungen ist es in allen imperialistischen Ländern gelungen, grundlegende Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Obwohl am 15. Februar und am 22. März 2003 weltweit jeweils rund 15 Millionen gegen den Angriff der USA auf den Irak demonstriert haben, konnte die Antikriegsbewegung den Krieg nicht verhindern. Trotz gigantischen Mobilisierungen setzen die herrschenden Klassen ihren Kurs des Sozialabbaus, der Flexibilisierung der Arbeit, der Privatisierungen und des Krieges fort.

Es besteht die Gefahr, dass der Ende der neunziger Jahre eröffnete Widerstandszyklus der globalisierungskritischen Bewegung angesichts der fortgesetzten und verstärkten neokonservativen Offensive sich sogar dem Ende zuneigen könnte. Allerdings scheint sich in Ländern wie in Frankreich auch nach der Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfs die Chance zu eröffnen, den Massenwiderstand aufrechtzuhalten. Offensichtlich muss das Kräfteverhältnis, um den neoliberalen und neokonservativen Kurs zu stoppen, so weit verändert werden, dass bereits mehr oder weniger offen die Machtfrage gestellt wird. Dies stellt eine fundamentale Herausforderung für die emanzipatorischen Bewegungen dar. Die unterschiedlichen Perspektiven und Optionen sind offen zu debattieren. Bevor ich die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung vorstelle, skizziere ich wichtige Strömungen der globalisierungskritischen Bewegung und einige ihrer theoretischen Bezugspunkte. In diesem Zusammenhang schlage ich auch eine Klärung der Begriffe Reform und Reformismus vor.

Vom Reformismus zum Modernismus

Der Begriff Reformismus wird unter der kapitalismuskritischen Linken in der Regel mit der Sozialdemokratie verbunden. Diese traditionelle Begriffszuordnung stelle ich hier in Frage, da sich der klassische sozialdemokratische Reformismus zu einem Modernismus transformiert hat, der die neoliberalen Gegenreformen nur noch sozial begleiten will. Die klassische Sozialdemokratie setzte sich noch für eine Überwindung des Kapitalismus durch

Reformen ein. Dieser klassische Reformismus stützte sich auf die Klasse der Lohnabhängigen und im Zuge einer kontinuierlichen Akkumulation von Kräften strebte er einen Übergang zu einer nachkapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaft an. Diese Perspektive ist historisch gescheitert; sie wurde bereits mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 aufgegeben.

Die führenden Kreise der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie sind seit langem weitgehend in die ökonomische und politische Verwaltung des Kapitalismus integriert. Ihre Loyalität wird mit beträchtlichen materiellen und sozialen Privilegien und Leitungspositionen entschädigt. Das sozialliberale Führungspersonal hat sich bereits weitgehend von der historischen sozialen Basis der klassischen Sozialdemokratie entfernt. Hierauf deuten der rasante Mitgliederschwund und die wachsende Wahlabstinenz früher sozialdemokratisch wählender Lohnabhängigen in vielen Ländern Europas.

Die Sozialdemokratischen Parteien praktizieren eine Variante bürgerlicher Herrschaftspolitik, vergleichbar mit jener der Demokratischen Partei in den USA, die ihre Verbindungen zu einem Teil der Gewerkschaften weiterhin aufrechterhält. In der Schweiz setzt sich wichtiges Führungspersonal von Swisscom, der Post und der Bahn weitgehend aus solchen mutierten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten zusammen. Die heutige Sozialdemokratie – die *SPD* und *New Labour* sind nur die deutlichsten Beispiele – ist eine gute Verwalterin der kapitalistischen Geschäftsordnung mit all den Konsequenzen, die aus der verschärften internationalen Konkurrenz, der langen Phase schwachen Wachstums und des finanzdominierten Akkumulationsregimes erwachsen. Die Zeit des klassischen Reformismus ist also vorbei.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz reiht sich bruchlos in diese Entwicklung ein. Mit ihrer kritiklosen Orientierung auf einen EU-Beitritt und ihrer totalen Einbindung in die helvetische Konkordanz illustriert sie täglich, dass sie nicht mehr den Hauch einer Alternative zu den gegenwärtigen Zuständen in der Schweiz vorzuschlagen vermag. Sie will der Bevölkerung weismachen, die EU werde den Konservatismus in der Schweiz aufbrechen. Simonetta Sommaruga und Rudolf H. Strahm untermauern mit ihrem „praktischen Reformplan" den Kurs zur scheinbar sozial begleiteten Modernisierung des Kapitalismus konzeptionell.

Die Führungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und vor allem der Gewerkschaft UNIA erwecken den Anschein, dieser Modernisierungspolitik etwas entgegenzusetzen. Um den neokorporatistischen Schulterschluss mit dem angeblich fortschrittlichen Flügel des Bürgertums nicht zu gefährden, unterstützen die Führungen der UNIA und des SGB sogar die erweiterte Personenfreizügigkeit im Rahmen der Bilateralen Abkommen II mit der EU, obwohl sie selbst wiederholt zugegeben haben, dass die flankierenden Maßnahmen das Lohndumping nicht verhindern. Serge

Gaillard, geschäftsleitender Sekretär des SGB, geht soweit, die Zustimmung zu den Bilateralen II mit der Erschließung der Märkte in Osteuropa durch Schweizer Unternehmen und der Verbesserung der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit zu rechtfertigen (Gaillard 2005). Die traditionelle Standortpolitik, letztlich eine klassische nationalistische Unterordnung unter die Interessen der Unternehmen, bleibt wie eh und je ein Pfeiler der offiziellen Gewerkschaftspolitik in der Schweiz.

Die Grenzen aktueller reformpolitischer Perspektiven

Es ist zu klären, in welcher Perspektive Reformen angestrebt werden. Reformen zur Modernisierung des Kapitalismus in mehr oder weniger neoliberaler Perspektive bezeichne ich als Modernismus. Die Protagonisten dieses Kurses – von Schröder und Blair bis Sommaruga und Strahm – verwenden den Begriff der Modernisierung selbst, um ihrer Anpassung an den herrschenden Neoliberalismus eine spezielle Note zu verleihen. Reformen zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Leitplanken in der Perspektive eines „menschlicheren" Kapitalismus können unter den Begriff der Reformpolitik subsumiert werden. Nur für eine Reformpolitik in der Perspektive einer graduellen Überwindung des Kapitalismus würde der ursprüngliche Begriff des Reformismus zutreffen. Obwohl sich reformpolitische Konzepte stark voneinander unterscheiden können, sind sie vor allem bei ihren tagespolitischen Perspektiven nicht klar voneinander abgrenzbar.

Stimmen, die eine stärkere nationalstaatliche und europäische Regulierung der Finanzmärkte sowie des Wirtschaftsgeschehens überhaupt einfordern, sind in Attac Frankreich und Deutschland sowie in verschiedenen NGOs stark vertreten. Attac selbst wurde um die Forderung nach der Steuer auf Kapitaltransfers, der sogenannten Tobin-Steuer, gegründet. Die weiterführende Perspektive nach einer alternativen Weltwirtschaftsordnung setzt hier an mit Forderungen nach einem fairen Handel, der Entschuldung der Dritten Welt (nicht gleichbedeutend mit einem Schuldenerlass), der Stärkung der UNO in Belangen des Welthandels und einer ökologischen Nachhaltigkeit (Attac-Positionspapier 2004). Die Protagonisten eines globalen Keynesianismus betonen die Verantwortung des öffentlichen Managements für globale wirtschaftliche Probleme und argumentieren für eine globale Einkommensverteilung, globale Steuerung von Nachfrage, Investitionen und Geld sowie für ökologische Nachhaltigkeit (Sauer 2004, 62ff). Ähnlich plädiert Peter Niggli, Geschäftsleiter der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke in der Schweiz, für ein „neues Regulationsregime", das die Nord-Süd-Kluft und die Ungerechtigkeiten verringert (Niggli 2004, 105ff). Als Gegengewicht zum „neuen Imperialismus" der USA könne Europa, also die EU, eine wesentliche Rolle bei der Stärkung multilateraler Institutionen spielen (S. 101). Seine Idealisierungen des Keynesianismus und Europas

passen gut zueinander. Sie sind davon gezeichnet, eine Art „Entwicklungsarrangement" mit den vernünftigen Kreisen bei den europäischen Eliten und internationalen Organisationen ins Auge zu fassen.

Susanne George, die bekannte Exponentin von Attac Frankreich, geht davon aus, dass im Rahmen des Kapitalismus ein Reformpotential bestehe, das auszuschöpfen sei. Heute müssten internationale keynesianische Programme lanciert werden (George 2001a, 265). Die Vergabe von Finanzmittel müsse allerdings an Maßnahmen für erneuerbare Energien, die Beseitigung von Altlasten, zur Armutsbekämpfungsmaßnahmen und für demokratische Regierungsformen gekoppelt werden. Dieser planetare Vertrag solle Vertreter des Südens wie auch der Nichtregierungsorganisation, also der sogenannten Zivilgesellschaft umfassen. George spricht sich explizit nicht für die Überwindung des Kapitalismus aus (George 2001b).

Eine radikalere Perspektive schlägt Walden Bello vor. In seinem Plädoyer für eine Deglobalisierung schlägt er ein alternatives System der *Global Governance* vor. Die Deglobalisierung bestehe aus einer Reorientierung der Ökonomie von der Exportorientierung zu einer Produktion für die lokalen Märkte. Er spricht sich für eine Pluralität und Diversität der Institutionen der Weltökonomie aus (Bello 2002, 113ff). Allerdings benennt er die Macht- und die Eigentumsfrage nicht. Die fundamental unterschiedlichen Interessen der Menschen, die aus ihrer Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozess und den Eigentumsverhältnissen der Gesellschaft erwachsen, sind ebenso wenig ein Thema wie die Rolle des Staates. Er blendet also die Klassenwidersprüche und die damit zusammenhängenden politischen Bruchlinien in den Ländern des Südens weitgehend aus.

Die breiten Diskussionen über gesellschaftliche Antworten auf den Neoliberalismus zeigen, dass dessen Hegemonie stark in Frage gestellt wurde (vgl. van Brink 2004). Gegen die Perspektive eines europäischen oder gar globalen Keynesianimus auf der Basis eines Sozialvertrags sprechen zwei wesentliche Argumente. Erstens reicht es nicht, sich nur gegen den „neoliberalen Auswüchsen" des heutigen Systems zu widersetzen. Denn es gibt einen Zusammenhang zwischen diesen Auswüchsen, dem „Fehlverhalten" der Konzernführer und der eigentlichen Logik des kapitalistischen Systems und der ihm eigenen Klassenverhältnisse. Die globale Konkurrenz und das Bestreben überdurchschnittliche Profite zu erzielen, zwingt die Konzerne dazu, sich den von den Lohnabhängigen erzielten Mehrwert anzueignen.

Zudem ist der Kapitalismus, worauf u.a. die SubsistenztheoretikerInnen hinweisen (Mies 2003), durch eine andauernde „ursprüngliche Akkumulation" mit all ihren mehr oder weniger gewalttätigen Enteignungsprozessen gekennzeichnet (Harvey 2004). Im Kontext eines finanzdominierten Akkumulationsregimes verschärfen sich beide Prozesse, da sich die großen Kapitaleigner und Aktionäre noch verstärkt Werte und Ressourcen aneignen (Chesnais 2004a). Damit hängt das zweite Argument zusammen. Die Zeiten des fordistischen Kompromisses sind vorbei. Eine Neuauflage gibt

es nicht. Für eine keynesianische Reformpolitik besteht im Kontext des globalisierten, finanzdominierten Akkumulationsregimes kein ökonomischer Spielraum mehr. Zudem muss der politische Druck für wirkliche Reformen mittlerweile so stark sein, dass er sich kaum mehr unterscheidet von einem Kräfteverhältnis, das ein globales Projekt der gesellschaftlichen Transformation jenseits der bestehenden Eigentumsverhältnisse anzusteuern ermöglicht. Die Zeit des klassischen Reformismus ist auch vorbei, weil die Spielräume für eine reformistische Politik so klein geworden sind, dass auch die Durchsetzung kleiner Reformschritte oder sogar auch nur die Abwehr der neoliberalen Angriffe bereits die Machtfrage aufwirft.

Diese Gründe sprechen dafür, eine weitergehende antikapitalistische Strategie zu formulieren (vgl. Bensaïd 2003; Callinicos 2003). Allerdings stehen die kapitalismuskritischen Bewegungen vor der Herausforderung, einige Schlüsselfragen anzugehen. Dazu zählen die Klassen- und Geschlechterverhältnisse, das Eigentum an Produktionsmitteln, der Imperialismus, die Machtfrage und die Formen der politische Repräsentation. Weitergehende Perspektiven zeigen sich aber erst in Umrissen. Ein emanzipatorischer Gegenentwurf zum neoliberalen entfesselten Kapitalismus und zum sozialliberal-grünen Begleitprogramm fehlt.

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eröffnete Phase der ArbeiterInnenbewegung, die durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen geprägt wurde, ist im Laufe der 1980er Jahre ausgeklungen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sich in Modernisierungsinstrumente der kapitalistischen Herrschaft transformiert und die politischen Organisationen, die in der Tradition der staatsbürokratischen Diktaturen und ihrer internationalen Ableger stehen, sind aufgrund ihrer unverarbeiteten Geschichte nicht glaubwürdig für eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive. In vielen Ländern lässt sich ein langwieriger und konfliktreicher Prozess der Neuzusammensetzung und Neuausrichtung einer pluralen Bewegung der Lohnabhängigen beobachten. Hierbei befruchten sich gewerkschaftliche Neuansätze mit anderen radikalen, sozialen Bewegungen. Die Trennung in gewerkschaftliche und soziale oder politische Bewegungen macht keinen Sinn mehr. Alle aktuellen Auseinandersetzungen über Arbeitsbedingungen, Privatisierungen, Sozialversicherungen und Umweltprobleme sind gewerkschaftlich, gesellschaftlich und politisch zugleich.

Die zentrale strategische Herausforderung besteht darin, Vorschläge zu entwickeln, die nicht nur am Diskussionsstand der Bewegungen, sondern am Bewusstsein großer Teile der Lohnabhängigen ansetzen und gleichzeitig eine emanzipatorische und antikapitalistische Dynamik eröffnen können. Die Privatisierungen im Gesundheitswesen verdeutlichen die Tragweite des Problems. *„Gesundheit ist keine Ware"*, sagt das globalisierungskritische Netzwerk Attac. Aber wie sieht ein soziales Gesundheitswesen aus, in dem die Gesundheitsdienstleistungen tatsächlich nicht mehr warenförmig sind? Und die Dienstleistungen der Krankenversicherung: Sollen sie auch keine

Ware mehr sein? Und die Medikamente: Wie sollen auch sie keine Ware mehr sein? Wer kontrolliert die Pharmaindustrie? Welche Vorschläge zielen in die Richtung einer gesellschaftlichen und demokratischen Aneignung der öffentlichen Dienste und anderer Schlüsselsektoren durch die Beschäftigten und die BenutzerInnen? Diese Fragen zuende gedacht führen uns zur Herausforderung, das Problem des Eigentums grundsätzlich neu aufzuwerfen.

Das Tabu der Eigentumsfrage überwinden

Die Eigentumsfrage ist ein Tabu bei den Gewerkschaften. Auch die globalisierungskritischen Bewegungen schlagen einen Bogen um dieses zentrale Problem. Strategen antikapitalistischer Perspektiven wie des „radikalen Reformismus" (zuletzt Brand 2005) und eher autonom-libertär argumentierende Befürworter der *Aneignungspolitik* (Stützle/van Dyk 2004) benennen zwar die Eigentums- und Staatsfrage. Allerdings schenken sie dem Problem des Eigentums an Produktionsmitteln nicht die nötig Beachtung.

Das kapitalistische Privateigentum ist ein Pfeiler des Kapitalismus und der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Allerdings drücken das Eigentum an Konsumgütern, die wir verbrauchen, und das Eigentum an Produktionsmitteln, die eingesetzt werden, um mit menschlicher Arbeit neue Werte zu erzeugen, zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte aus. Noch wichtiger ist der Unterschied zwischen dem Eigentum an einem Gut, das Ergebnis der persönlichen Arbeit ist, und der Aneignung von Gütern durch Unternehmen, die im Rahmen des Produktionsprozesses von vielen Lohnabhängigen durch gemeinsame Arbeit hergestellt wurden (Bihr/Chesnais 2003). Infolge der starken Arbeitsteilung und der intensiven Kooperation von Lohnabhängigen, die am selben oder auch an verschiedenen Orten arbeiten, sind mittlerweile alle denkbaren Güter vom Brot bis zum Medikament, von der Musikanlage bis zur Versicherungspolice Ergebnis eines kollektiven und gesellschaftlichen Arbeitsprozesses.

Seit Beginn der neokonservativen Gegenreform vor über zwanzig Jahren versucht das Kapital, sich die Gesamtheit der materiellen und intellektuellen Bedingungen des Produktionsprozesses, also das historische Werk der gesellschaftlichen Arbeit der Menschheit, anzueignen. Alles, was profitabel erscheint, soll zur Ware umgeformt werden (Husson 2004). Voraussetzung dieser Umformung ist aber die Durchsetzung spezifischer Eigentumsrechte. Wenn ein Pharmakonzern einen Wirkstoff oder eine Technologie patentiert, eignet er sich wissenschaftliche Kenntnisse an, die gesellschaftlich produziert und öffentlich mitfinanziert wurden (Zeller 2004c). Das Patent ist immer Ergebnis einer langen Akkumulation von Wissen und Erfahrungen, die unabhängig vom patentierenden Unternehmen produziert wurden. Das Patent erlaubt es den oligopolistischen Konzernen, das privatisierte gesellschaftliche Wissen zur Erzielung von Renten und zu einem Instrument der gesellschaftlichen Herrschaft zu transformieren (Chesnais 2003).

Gleichzeitig haben sich mit der Ausweitung der produktiven Basis von Kapital und Arbeit das Lohnabhängigkeitsverhältnis und die Ausbeutung durch Lohnarbeit ausgedehnt. Diese *Proletarisierung* schließt alle ein, die in den unterschiedlichsten Konfigurationen und Ausmaßen von Unsicherheit gezwungen sind, ihre Arbeitskraft und ihre Kreativität zu verkaufen. Gewiss können nicht alle Kämpfe gegen die Herrschaft und Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft auf den Klassenkampf reduziert werden. Aber wer, wenn nicht die – zwar heterogene – Klasse der Lohnabhängigen, also die große Mehrheit der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern, soll Trägerin gesellschaftlicher Aneignungsprozesse und letztlich der Aufhebung der Trennung der ProduzentInnen von ihren Produktionsmitteln sein?

Gesellschaftliche Aneignung: vom Widerstand zur emanzipatorischen Perspektive

Die Formulierung einer emanzipatorischen Perspektive besteht aus mindestens drei Elementen: Der Ausgangspunkt sind die *individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse* auf regionaler, nationaler und globaler Ebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Daher ist theoretisch und praktisch ein *antikapitalistischer Bruch* zu konzipieren, das heißt ein Bruch mit der Logik des Profits und der Konkurrenz sowie den Institutionen, die diese Logik garantieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der *demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung* der wichtigsten Ressourcen.

Die neoliberalen Angriffe auf europäischer Ebene, die im EU-Verfassungsvertrag gebündelt zum Ausdruck kommen, machen deutlich, wie dringend es ist, eine europäische, emanzipatorische Perspektive zu entwerfen. Weder in der Schweiz noch sonst in einem Land geht es um den Entscheid zwischen Öffnung zu Europa und nationaler Behauptung, wie das die europaweit tätige Allianz des Bürgertums und der modernistischen Sozialdemokratie gerne vortäuschen will. Die politische Herausforderung ist eine andere: Wie können die sozialen Bewegungen und sich erneuernde respektive neue Gewerkschaften eine solidarische Perspektive in Europa jenseits der bestehenden Institutionen vorantreiben?

Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und der Marginalisierung von Millionen von Menschen ist vordringend. Die Verallgemeinerung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Spaltung der Lohnabhängigen nach Nationalitäten, Geschlecht und Qualifikationsniveaus verschlimmern die Situation zusätzlich. Fünf Forderungen stehen im Vordergrund: Die Einführung von Mindestlöhnen in ganz Europa mit einer schrittweisen Angleichung der Niveaus nach oben; eine radikale Arbeitszeitverkürzung – eine 32-Stunden-Woche – in ganz Europa; eine europäische Gesetzgebung, die Entlassungen verbietet; ein garantiertes Mindesteinkommen unabhängig

vom Erwerbsstatus, das allen Menschen in Europa ein würdevolles Leben ermöglicht sowie einheitliche Normen und Rechte bei den Sozialversicherungen.

Der Kampf für diese Forderungen und deren Umsetzung ist mit dem Konstituierungsprozess einer neuen, pluralen Bewegung der Lohnabhängigen verbunden. Das schließt auch die Perspektive eines neuen politischen und gesellschaftlichen Bürgerrechts ein, das die gleichen individuellen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte für alle in Europa lebenden Menschen beinhaltet. Die Durchsetzung eines allgemeinen Rechts auf gesellschaftlich nützliche Arbeit zu gleichen Bedingungen steht im Zentrum der sozialen Frage und des Aufbaus eines *Europas der Lohnabhängigen*.

Damit ist die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und einer radikalen, europaweiten Arbeitszeitverkürzung verbunden. Es sind Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der Aneignung der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen macht die Neuorganisierung der Arbeitsverhältnisse, die Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und die solidarische Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung zum Thema. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Die gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Dienste sowie die Neugestaltung und Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden stellen uns vor die Herausforderung der gesellschaftlichen Aneignung der strategischen Produktionsmittel.

Der Widerstand gegen Privatisierungen ist offensiv anzugehen. Gegen die betriebswirtschaftliche Effizienz ist eine Effizienz auszuarbeiten, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Öffentliche Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sind und Gratiseinrichtungen basieren auf einem Verständnis von „gleichen Rechten für alle". Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. „Umsonst-Kampagnen" können diese Grundidee praktisch aufgreifen und im kleinen durchsetzen (Stützle und van Dyk 2004). Öffentliche Dienste können Ansätze einer Alternative zu den Bereicherungsmechanismen des Marktes darstellen. Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat.

Bislang obliegt es den Unternehmen, die Investitionsentscheidungen zu treffen. Diesen Entscheidungen liegen nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern die Profiterwartungen zugrunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, dass die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend profitorientierter Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheidungen einer Gesellschaft erfolgt. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen

betreffen, die Oberhand gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern erlangten. Ein weiterer Schritt wäre es, wenn die Lohnabhängigen und BürgerInnen die Unternehmen und Konzerne kontrollieren sowie eine Offenlegung aller wesentlichen Informationen durchsetzen könnten. Letztlich sind die Entscheidungen über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten Bevölkerung.

Die gesellschaftliche Aneignung technologischen Wissens und die demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungspfade stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Auseinandersetzungen über die Kernenergie, die Biotechnologien und die Zugänglichkeit des Internets sowie über die Ausdehnung intellektueller Eigentumsrechte haben die Sensibilität gegenüber dem Herrschaftscharakter von Technologien geschärft.

Neuformierung der Linken und gesellschaftliche Transformation

Jede emanzipatorische Perspektive muss sich mit dem Problem der Maßstäbe auseinandersetzen. Nicht nur weil die neoliberalen Gegenreformen international durchgesetzt werden, sondern vor allem weil große Konzerne global agieren, die Arbeitsteilung international strukturiert ist und die Mobilität der Lohnabhängigen stark angestiegen ist, sind Alternativen transnational, mindestens auf europäischer Ebene zu formulieren. Welche Bahnen und welche Sozialversicherungen wollen wir in Europa? Wie lassen sich die europäischen mit den nationalen und regionalen Strukturen verschränken? Ein Zurück zur nationalen Perspektive ist ausgeschlossen. Für das öffentliche Eigentum sind alle Formen zwischen Munizipaleigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer oder sogar globaler Ebene denkbar. Je nach Bedürfnissen, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften sind Dienstleistungen und die Produktion besser auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren.

Ohne gesellschaftliche Planung ist das nicht möglich. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozess: erstens der Debatte der BürgerInnen über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcenzuteilungen; zweitens der Debatte der ProduzentInnen, die darüber befinden, wie die großen Entscheide umzusetzen sind. Die betrieblichen und territorialen Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung sind zu verknüpfen mit den bestehenden Formen parlamentarischer Demokratie sowie mit Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen.

Selbstverständlich lässt sich eine emanzipatorische Perspektive nicht auf die Eigentumsfrage reduzieren. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ändert noch nichts an den Ausbeutungsverhältnissen und die Warenform bleibt erhalten. Andererseits wird der Begriff der Aneignung oftmals in einem verharmlosenden Sinn aufgegriffen. Die Aneignung von Konsumgütern, Kultur und Dienstleistungen durch soziale Bewegungen sowie die

„Umsonst-Kampagnen" in deutschen Großstädten, die sich oft auf ein radikalisiertes Szenenmilieu konzentrieren, können Anknüpfungspunkte bieten, aber eine emanzipatorische antikapitalistische Perspektive ist damit noch nicht formuliert (vgl. Stützle/van Dyk 2004). Wenn die Aneignung sich darauf beschränkt, den Warencharakter der Produkte vereinzelt und symbolisch in Frage zu stellen, verbreiten diese Aktionen und Kampagnen Illusionen, die sich um die zentralen Fragen des Eigentums und der Macht nicht kümmern. Die hier thematisierte Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung unterscheidet sich also von jener der Aneignung oder Wiederaneignung, wie sie bei Teilen der bundesdeutschen radikalen Linken und in der Zeitschrift Arranca (Nr. 28 und 29) diskutiert werden. Die Perspektiven sind aber nicht gegensätzlich, sie können sich gut gegenseitig ergänzen.

Die *Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung* ist in den Rahmen einer antikapitalistischen Übergangsstrategie zu setzen. Es braucht den Aufbau eigener Strukturen, von Gegenmacht und schließlich einer gesellschaftlichen Hegemonie. Tatsächlich haben sich im Laufe von Kämpfen Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, 1969 in Italien, 1974 in Portugal, 1980/81 in Polen und 2002/03 in Argentinien). Eine umfassende gesellschaftliche Aneignung, letztlich eine Transformation der Gesellschaft ist im Rahmen der bürgerlichen Institutionen aber nicht möglich. Letztlich geht die konsequente Infragestellung des Privateigentums mit der Infragestellung des bürgerlichen Staatsapparates einher. Mit der Durchsetzung und Institutionalisierung von Gegenmachtstrukturen wird automatisch auch eine Form der Machtausübung und neuer Staatlichkeit generiert. Hierin unterscheidet sich die hier vorgeschlagene Perspektive von jener John Holloways (2002).

Die Strategie der gesellschaftlichen Aneignung stützt sich auf die Selbstaktivität der Menschen. Sie soll Dynamiken auslösen, die den Lohnabhängigen ermöglichen, sich als ein selbständig politisch handelndes Subjekt zu erfahren und einzugreifen. Eine derartige Übergangsstrategie hilft, sich Kontrolle und damit Teile der Macht anzueignen – im kleinen gewissermaßen das Große vorzubereiten. Es geht nicht bloß um den Inhalt der Forderung selbst, sondern darum, politische Prozesse und Organisationsformen zu befördern, die das Kräfteverhältnis verändern und zu gemeinsamen Lernprozessen ermuntern.

Die gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, dass Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. In ihrer Dynamik tragen sie zu einer gesellschaftlichen Transformation bei, welche die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung sowie der Konkurrenz überwindet und in letzter Konsequenz auch die Warenform perspektivisch in Frage stellt. Damit

werden Alltagskämpfe mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt einer libertären und sozialistischen Alternative verbunden, die sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt. Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen und Macht.

Literatur

Attac-Positionspapier, 2004: Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung (AWWO). In: A. Biesecker; A. Büscher; T. Sauer und E. Stratmann-Mertens (Hrsg.): Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun. Hamburg

Bensaid, D., 2003: Le nouvel internationalisme contre les guerres impériales et la privatisation du monde. Paris

Bello, W., 2002: Deglobalization: ideas for a new world economy. London

Bihr, A./Chesnais, F., 2003: S›attaquer au tabou des tabous: A bas la propriété privée! Le Monde Diplomatique, 50 (10), Octobre

Brand, U., 2005: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg

Chesnais, F., 2003: Rapports de propriété et formes de captation du „cognitif" au bénéfice du capitalisme financier. In: C. Vercellone (Hrsg.): Sommes nous sortis du capitalisme industriel? Paris

Chesnais, F., 2004a: Das finanzdominierte Akkumumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster

Chesnais, F., 2004b: Le capital de placement: accumulation, internationalisation, effets économiques et politiques. In: F. Chesnais (Hrsg.): La finance mondialisé. Paris

Gaillard, S., 2005: Die Schweiz braucht ein starkes Wirtschaftswachstum. Stellungnahme an der Pressekonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 5. Januar, Bern

George, S., 2001a: Der Lugano-Report oder: Ist der Kapitalismus noch zu retten? Reinbeck bei Hamburg

George, S., 2001b: Clusters of Crisis and a Planetary Contract 18. Oktober: Budapest

Harvey, D., 2004: Die Geographie des „neuen" Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster. S. 183-215.

Holloway, John, 2002: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Münster. Vgl. auch Widerspruch Heft 43/2002: Linke und Macht. Zürich

Husson, M., 2004: Der Kapitalismus nach der „neuen Ökonomie". In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster

Mies, M., 2003: Über die Notwendigkeit, Europa zu entkolonialisieren. In: C. v. Werlhof; V. Bennholdt-Thomsen und N. Faraclas (Hrsg.): Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung. Wien

Niggli, P., 2004: Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. Zürich

Sauer, T., 2004: Globaler Keynesianismus versus Deglobalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen. In: A. Biesecker; A. Büscher; T. Sauer und E. Stratmann-Mertens (Hrsg.): Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún. Hamburg

Sauviat, C., 2004: Les fonds de pension et les fonds mutuels: acteurs majeurs de la finance mondialisée et du nouveau pouvoir actionnarial. In: F. Chesnais (Hrsg.): La finance mondialisé. Paris

Sommaruga, S./Strahm, R. H., 2005: Für eine moderne Schweiz. Ein praktischer Reformplan. Zürich

Stützle, I./van Dyk, S., 2004: Aneignungspolitik oder Bezahlt wird nicht! Das Argument 46 (5, Nr. 257)

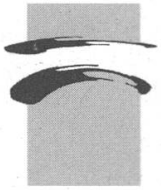
van Brink, T. , 2004: VordenkerInnen der globalisierungskritischen Bewegung : Pierre Bourdieu, Susan George, Antonio Negri. Köln
Zeller, C., 2004a: Die globale Enteignungsökonomie. In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster
Zeller, C., 2004b: Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus? In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster
Zeller, C., 2004c: North Atlantic innovative relations of Swiss pharmaceuticals and the importance of regional biotech arenas. Economic Geography 80 (1)
Zeller, C., 2005: Vom Nein zum Verfassungsvertrag zur gesellschaftlichen Aneignung Europas. EU global – fatal?! Ergebnisse der Europa-Konferenz, Stuttgart

Hartmut Krauss (Hrsg.)
Das Testament des Abbé Meslier
Die Grundschrift der modernen Religionskritik
404 S. Hardc. ISBN 3-00-015292-X . 19,80 EURO

HINTERGRUND
Verlag

Hartmut Krauss
Faschismus und Fundamentalismus
Varianten totalitärer Bewegung im Spannungsfeld zwischen ‚prämoderner' Herrschaftskultur und kapitalistischer ‚Moderne'
312 S. broschiert . ISBN 3-00-010883-1 . 12,80 EURO

Bestellungen über den Buchhandel und/oder direkt beim *HINTERGRUND*-Verlag
D - 49078 Osnabrück, Zum Rott 24 **Tel** (05 41) 44 42 29 **FAX** (05 41) 44 53 73
www.hintergrund-verlag.de



Institut für Kommunikationsforschung

Steigern Sie Ihre interkulturellen Kompetenzen!
- **Nachdiplomkurse zu interkulturellen Themen**
- **Nachdiplomstudium interkulturelle Kompetenzen**
- **MBA IKF Interkulturelle Kommunikation und Führung**

Bahnhofstrasse 8 · CH-6045 Meggen
Telefon 041 377 39 91 · Telefax 041 377 59 91
ikfj@centralnet.ch · www.ikf.ch